FileNr:35|id:53JR-S7B1-DY2B-S4SH|date:2011-08-16|source:Welt|title:Finanzminister sollen entmachtet werden; Experten fordern unabhängige Kommissionen zur Kontrolle der Haushaltspolitik in Euro-Staaten - Höhere Inflation befürchtet

#######DONT CHANGE THE ABOVE############

Angesichts der anhaltenden Schuldenkrise plaedieren Oekonomen fuer radikale Massnahmen, um die Staatshaushalte zu sanieren. Dennis Snower, Chef des Instituts fuer Weltwirtschaft in Kiel, fordert fuer ueberschuldete Laender unabhaengige Schuldenkommissionen. "Der stetige Anstieg der Schuldenquoten beweist, dass die Politik nicht in der Lage ist, die Schulden in den Griff zu bekommen", sagte er der "Welt ". Deshalb sei es sinnvoll, den Politikern die Moeglichkeit einer unverantwortbaren Fiskalpolitik zu entziehen, aehnlich wie auch die Verantwortung fuer die Geldpolitik an unabhaengige Zentralbanken uebertragen worden sei. Die Schuldenkommission sollte bei der Aufstellung des jeweiligen Staatshaushaltes ein Vetorecht erhalten, fordert Snower. Allerdings sollte die Politik selbst eine Fiskalregel formulieren, die festschreibt, welcher Schuldenstand anzustreben sei.

Nur mit solchen strikten institutionellen Regeln werde sich das Vertrauen an den Finanzmaerkten wieder herstellen lassen, meinte der Experte. Von den 17 Euro-Staaten haben nur noch Luxemburg und Finnland einen Schuldenstand unter der im Europaeischen Stabilitaetspakt vorgesehenen Hoechstgrenze von 60 Prozent der jaehrlichen Wirtschaftsleistung. Auch Deutschland liegt mit rund 83 Prozent des Bruttoinlandprodukts (BIP) deutlich darueber. Viel dramatischer noch ist die Situation in Italien (120) und Griechenland (158 Prozent). Auch in den USA schnellte die Staatsverschuldung im Zuge der Finanzkrise deutlich ueber die 90-Prozent-Marke, die nach Ansicht von Experten als Grenze gilt, ab der die Verschuldung die langfristigen Wachstumsperspektive verduestert. Sollte es innerhalb der Euro-Zone zu einer Haftungsgemeinschaft kommen, wuerde dies nach Berechnungen des Ifo-Instituts die Schuldenquote der Zahlerlaender deutlich erhoehen. Wuerden die Schulden von Griechenland, Irland und Portugal, die derzeit unter dem Rettungsschirm sind, von den restlichen Mitgliedstaaten uebernommen, so stiege deren Schuldenstand im Durchschnitt von rund 85 auf fast 91 Prozent des BIP, erklaerte Kai Carstensen, Bereichsleiter Konjunktur und Befragungen am ifo. Muessten zusaetzlich noch die Schulden der aktuellen Problemfaelle Spanien und Italien von den anderen getragen werden, so wuerde die Schuldenquote der restlichen Euro-Mitglieder auf 130 Prozent in die Hoehe hochschnellen - sie laege damit ueber der heutigen Schuldenquote Italiens.

Michael Huether, der Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW), sieht die Turbulenzen der vergangenen Wochen als Zeichen fuer eine "Zeitenwende". Lange haetten die Finanzmaerkte die ueber Jahrzehnte angewachsene Verschuldung akzeptiert. "Doch jetzt haben die Maerkte auf Schuldenintoleranz geschaltet." Wie der Geldpolitik in den 80er-Jahren die Inflation ausgetrieben worden sei, so werde jetzt der Finanzpolitik das Schuldenmachen ausgetrieben, sagte der Oekonom. Somit haetten die aktuellen Verwerfungen auf laengere Sicht auch ihr Gutes: Sie zwinge die Politik zu schmerzhaften Anpassungen. Der Chef des Hamburgischen Weltwirtschaftsinstituts (HWWI), Thomas Straubhaar, rechnet hingegen damit, dass die Inflation in den USA und auch in Europa in den kommenden Jahren steigen wird. "Wenn die Maerkte den Preis der Schuldenfinanzierung erhoehen, ist es wahrscheinlich, dass die Laender die Notenpresse anwerfen, um sich auf diese Weise zu finanzieren", sagte der Oekonom. Auf diesem Weg wuerden die aelteren Generationen an den Kosten beteiligt. "Ansonsten zahlen allein die Kindeskinder die Zeche." Neben dem Instrument der Inflation sind nach Ansicht des HWWI-Chefs aber flankierende Steuererhoehungen oder Sparmassnahmen noetig. In den USA sei der Staat unterfinanziert, in Laendern wie Italien seien dagegen in staerkerem Masse Privatisierungen und Sparmassnahmen geboten. "Der angemessene Policy-Mix ist von Land zu Land unterschiedlich", betonte Straubhaar. In Deutschland hat sich die Politik selbst Fesseln angelegt, um die Staatsverschuldung nicht ausufern zu lassen. So wurde 2009 eine Schuldenbremse im Grundgesetz verankert, die Bund und Laendern verbindliche Vorgaben zur Reduzierung des Haushaltsdefizits macht. Den Laendern ist damit ab 2020 die Nettokreditaufnahme verboten. Fuer den Bund gilt, dass ab 2016 die strukturelle, also nicht konjunkturbedingte, jaehrliche Nettokreditaufnahme nur noch maximal 0,35 Prozent des Bruttoinlandsproduktes betragen darf. Forderungen aus Berlin, aehnlich verbindliche Schuldenregeln fuer die europaeische Waehrungsunion durchzusetzen, hatten bislang keinen Erfolg. Im Juni verstaendigten sich die EU-Staaten aber auf eine Verschaerfung des Stabilitaetspakts: Kuenftig koennen Euro-Staaten nicht nur fuer ueberhoehte Defizite, sondern auch fuer zu hohe Staatsschulden zur Verantwortung gezogen werden. Strafen werden beim neuen Stabilitaetspakt frueher verhaengt und haerter ausfallen. Bisher wurden allerdings trotz haeufiger Verstoesse gegen den Stabilitaetspakt noch nie Strafen verhaengt. Die FDP fordert nun einen unabhaengigen Stabilitaetsrat, der die Haushaltspolitik ueberwachen soll, sowie automatische Sanktionen fuer Defizitsuender: Wenn ein Land eine unsolide Fiskalpolitik betreibt, sollen die EU-Strukturmittel gekuerzt werden. Mitarbeit: Martin Greive, Tobias Kaiser Siehe Kommentar...

Fokus Deutschland

Warnend-Negativ